

Kirche von England zwischen den Stühlen

Mit der Weltkonferenz der Methodisten in Denver (18. bis 26. 8. 71) hat ein neuer Abschnitt der Beziehungen zwischen der römisch-katholischen Kirche und den Methodisten begonnen. Außerlich wurde er gekennzeichnet durch die Gegenwart des eigens eingeladenen Kardinals Willebrands, Präsident des vatikanischen Einheitssekretariats. Seiner ähnlich versöhnenden Ansprache, wie er sie auf dem Lutherischen Weltkongress in Evian über die positive Bedeutung der Persönlichkeit Luthers gehalten hat, ist ein Schritt des Entgegenkommens seitens der United Methodist Church USA vorausgegangen, an dem vor allem der einseitige Konzilsbeobachter Prof. A. Outler (Dallas) maßgebend beteiligt war. 24 von den insgesamt 39 Artikeln des anglikanischen Credo, das die Methodisten einst übernommen hatten, wurden von ihnen betont antirömischen Interpretationen befreit, wenn auch der Wortlaut nicht geändert wurde. Das geschah schon auf der Generalkonferenz der amerikanischen Methodisten im April 1970. Jetzt hat Kardinalstaatssekretär Villot vor der Abreise von Kardinal Willebrands dem Generalsekretär der Methodisten W. Holl im Namen des Papstes gedankt (NC News Service 3. 8. bzw. 20. 7. 71). Kanonikus W. Purdy vom Einheitssekretariat hat diesen Kontakt „ein neues Kapitel in der Geschichte der Methodistischen Kirche“ genannt.

Unionsschema mit Methodisten auf dem Prüfstand

Die relative Bedeutung dieses Ereignisses ergibt sich aus dem größeren Zusammenhang des derzeitigen Standes der Unionsbemühungen unter den Kirchen, vordergründig des schwebenden Abstimmungsverfahrens über die Union der Kirche von England mit der britischen Methodistenkonferenz. Der erste Anlauf war am 8. Juli 1968 gescheitert. Die Anglikaner hatten in den beiden Konvokationen von Canterbury und von York nicht die vom Unionschema vorgesehenen 75 v. H. der Ja-Stimmen aufgebracht (vgl. Herder-Korrespondenz Jhg. 23, S. 354 f.). Damals nannte der Erzbischof von Canterbury, M. A. Ramsey, dies den „kritischsten Tag seit der Reforma-

tion“. Zur Erklärung dieses schwerwiegenden Urteils fügten wir hinzu: für die Ökumenische Bewegung stellt das Scheitern wohl das Ende der sog. „organischen Einheit“ der Kirchen als Unionsschema dar, das Ideal von „Faith and Order“ seit seiner Gründung 1927 in Lausanne. Diese Vermutung wurde von der Tagung der Faith and Order-Kommission in Löwen ebenfalls in etwa bestätigt (452). Es müssen andere, weniger starre Formen des Zusammengehens der Kirchen gefunden werden.

Wie sehr das notwendig ist, zeigte die Wiederholung der Abstimmung über das Unionsschema mit den Methodisten durch die seit November 1970 in Abständen tagende neue Generalsynode der Kirche von England, auf die Erzbischof Ramsey große Hoffnungen gesetzt hatte (vgl. Herder-Korrespondenz Jhg. 24, S. 556 f. und ds. Jhg. S. 72 f.). Die wesentliche Aufgabe der Generalsynode ist eine durchgreifende Kirchenreform, die die Kirche von England für Unionen überhaupt erst fähig macht, nämlich die Lösung aus der Bevormundung des Unterhauses in liturgischen und disziplinären Fragen. Über den vorliegenden Plan wurde immer noch nicht entschieden. Als nächste dringliche Aufgabe steht die Ordnung der Kirchenfinanzen an. Die Vorlage des neuen Budgets für 1971/72 sieht als Folge der Inflation einen „traumatischen Schock“ vor: die Kürzung der Ausgaben für die Zentralinstanzen um 15 v. H. Damit werden die Diözesen und Gemeinden wieder einflußreicher. Das wird sich alsbald bemerkbar machen, wenn das „vorläufige“ Abstimmungsergebnis vom 13. Juli über die Union mit den Methodisten, das nur 65 v. H. der Stimmen ergab, von den Diözesen geprüft und angenommen bzw. abgelehnt wird („Church Times“ 16. und 23. 7. 71). Die definitive Abstimmung durch die Generalsynode soll am 3. Mai 1972 erfolgen („Church Times“ 6. 8. 72).

Beziehungen mit Rom behindert?

Zu dieser sog. „vorläufigen“ Abstimmung vom 13. Juli sind verschiedene Stimmen von Bedeutung laut geworden. Vor allem spielte in der Aussprache der Generalsynode das

Argument des Bischofs von Ripon, J. Moorman, eine Rolle. Nach ihm verbaut sich die Kirche von England den Weg der Einigung mit Rom, wenn sie die Methodisten-Prediger in die apostolische Sukzession aufnehme. Moorman war Konzilsbeobachter der Kirche von England. Er gilt als Anglikatholik. Bemerkenswert ist, was ihm der Erzbischof von Canterbury auf seinen Einwand erwiderte. Man konnte damals das Gewicht dieser Antwort noch nicht recht beurteilen, nach dem eingangs berichteten Zusammenspiel des Vatikans mit der Weltkonferenz der Methodisten bekommt es ein großes Gewicht. Erzbischof Ramsey erklärte zur Verteidigung des Unionsschemas mit seinen beiden Stadien, die hier früher im einzelnen dargelegt wurden: Wenn es stimmen sollte, daß das Unionsschema mit den Methodisten die wachsenden Beziehungen zu Rom behindern würde, dann hätte er sich nie mit solcher Kraft dafür eingesetzt. Er glaube, die Sorge von Bischof Moorman sei unzutreffend, und er habe „eine ganze Menge Beweise“ dafür. Die Entwicklung hat ihm recht gegeben.

Übrigens erwiderte ein Synodaler aus Birmingham, seines Zeichens anglikanischer Priester, dem Bischof von Ripon, mit Rücksicht auf den theologischen Nachwuchs sei es höchste Zeit, die Ordination der Kirche von England der der Methodisten anzugleichen, weil sonst die Kirche von England nicht mehr ernst genommen werde. Außerdem verbreite sich die Interkommunion unter den Christen wie ein Steppenbrand über das Land. Daher müsse endlich mit der Vereinigung Ernst gemacht werden. Die Diözesen werden entscheiden. Die Freude der Methodistenkonferenz über die verhältnismäßig hohe Abstimmungsquote von 65 v. H. scheint nicht ganz echt zu sein. Sonst hätte nicht der Sekretär der Methodistenkonferenz, K. G. Greet, die vielbeachtete Prognose getan, daß es in 40 Jahren keine der bestehenden Kirchen mehr geben werde, nicht nur wegen des rapiden Rückgangs an Bewerbern für das Pfarramt, sondern auch wegen des Unverständnisses der Massen für die kirchlichen Differenzen („Church Times“ 30. 7. 71). Die Religion gehe ihre eigenen Wege, um den christlichen Glaube fürchte er nicht, aber mit den Kirchen gehe es bergab.

Wenig Hoffnung auf Einigung

Etwas deutlicher sagte es der Europa-Korrespondent von „The Christian Century“ (4.8.71), Tr. Beeson. Sein Nachruf auf die Generalsynode von York mit dem düsteren Abstimmungsergebnis zum Unionsschema und den schlechten finanziellen Aussichten für eine kirchliche Zentralverwaltung nötigte ihn zu dem Urteil, auf dieser Generalsynode seien die *Kräfte der Zerstörung* am Werk gewesen. Der zerbrechliche Charakter der Kirche von England sei deutlich geworden. Die internen Richtungskämpfe zwischen Anglikanern, Evangelischen und Liberalen erweisen sich als unüberbrückbar. Die Sache sei um so schlimmer, als die Initiative zu Gesprächen mit den Methodisten von der Kirche von England ausgegangen sei. Es besage wenig, daß die Generalsynode zahlreiche offensichtliche Torpedierungsanträge niedergestimmt habe. Daß überhaupt die Opposition so virulent sei, wecke schlimme Befürchtungen. Woher nehme man die Hoffnung, daß die definitive Abstimmung im kommenden Jahre anders ausfallen werde? Das Ärgste aber sei der völ-

lige Mangel an theologischer und ökumenischer Bildung unter den Synodalen; ja es bestehe nicht einmal Interesse für die ökumenische Lage. Man müsse für die Zukunft der Kirche von England, die die Methodisten ebenso brauche wie diese die Kirche von England, schwarzsehen. Es sei denn, man entschlöße sich dazu, der neuen Form einer synodalen Regierung der Kirche theologische Konsultoren und Beobachter beizugeben, damit die Ansprachen in den ökumenischen Rahmen passen und auf der Höhe der Theologie sind. Das alles geschah auf dem Campus der Universität von York, die durch ihre kulturellen Leistungen hervorrage. „The Christian Century“ meinte es noch nie gut mit der englischen Staatskirche, aber eine derartige Kritik konnte man schon lange nicht mehr darin lesen. Kein Wunder, wenn die Methodisten andere Wege gehen. Daß unter diesen Umständen eine internationale anglikanische Kommission Ende Juli 1971 eine ganze Woche Gespräche mit der *Orthodoxen Kirche* führte, gehört zu den vielen Möglichkeiten, die sich die Kirche von England offenläßt.

blöcke und trat feindlich gegen die sozialistischen Länder auf. Auch der Weltkirchenrat beteiligte sich nach Hruza an der Politik des Kalten Krieges. Die Politik beider „entsprach den Interessen des internationalen Imperialismus“. So analysiert Hruza die religiöse und kirchenpolitische Entwicklung des ersten Jahrzehnts nach 1945.

Eine späte Abrechnung

Auf dem so gezeichneten Hintergrund wendet er sich der Situation in der ČSSR selbst zu. Hier haben es ihm „äußerst extreme und führende Kräfte des politischen Klerikalismus“ angetan, die mit der tschechischen Emigration eine Änderung der sozialistischen Gesellschaftsordnung der ČSSR herbeizuführen bemüht waren. Damit dienten sie wiederum den Plänen einer internationalen Reaktion, die eine Abspaltung der ČSSR vom sozialistischen Lager erstrebten. Dabei suchten ein Teil der „ideologisch und politisch labilen Intelligenz und einige desorientierte Mitglieder der Partei“ sich der Kirchen zur Humanisierung der sozialistischen Gesellschaft zu bedienen. In letzter Zeit jedoch ist die Politik des Vatikans und des Weltkirchenrates nach dem Urteil Hruzas vorsichtiger, aber auch heimtückischer geworden.

Aufschlußreich und sicher ungewollt ist Hruzas Geständnis, daß Kirche und Glauben in den letzten Jahren vor der Dubček-Ara gerade unter der tschechischen Intelligenz Ansehen erhalten und Anhänger gefunden haben, wovon auch das Gespräch zwischen Christen und Marxisten 1967 in Marienbad zeugt (vgl. Herder-Korrespondenz 21. Jhg., S. 276 ff.), das auf tschechischer Seite vom Soziologischen Institut der Tschechischen Akademie der Wissenschaften in Prag veranstaltet wurde, wenn auch gegen den Widerstand der Parteiideologen Polens, der DDR und Sowjetrußlands. Wenn nun Hruza bemängelt, daß es in Marienbad zu keiner Auseinandersetzung der Marxisten mit den Christen gekommen sei, so übergeht er seine eigene Anwesenheit und sein eigenes Schweigen. Ähnlich beurteilt Hruza auch die antisozialistische Tätigkeit der evangelischen Christen, die sich zu einer „Neuen Orientierung“ bekannt hatten. Namentlich werden einige Mitglieder der KPČ ange-

Antikirchliche Kampagne aus Prag

Ein Beitrag des Leiters des Sekretariates für kirchliche Angelegenheiten, einer Abteilung des Kultur- und Informationsministeriums in Prag, Karol Hruza, in einer Moskauer Schriftenreihe (Religion und ideologische Kampf in der Tschechoslowakei, Znanie. Serija estestvoznania i religija 5/1970) hat in katholischen Publikationen der letzten Wochen eine publicity gewonnen, die weder der Inhalt dieser Veröffentlichung verdient noch dem Verfasser gebührt, denn die Ausführungen Hruzas bringen in der Sache nichts Neues. Hruza gibt hier nur einen sehr subjektiv gefärbten Überblick über die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat in der ČSSR nach dem August 1968; vor allem bemüht er sich, die neuerlichen, aber doch vor der Öffentlichkeit getarnten Unterdrückungsmaßnahmen gegen das kirchliche Leben mit einer antisozialistischen Haltung der Kirche und ihrer Hierarchie zu rechtfertigen. Auffallend sind die direkten Angriffe und offenen Beschuldigungen gegen den

Heiligen Stuhl und gegen den Weltkirchenrat.

Hruza holt weit aus. Er beginnt beim Ende des Zweiten Weltkrieges, der „in einigen Ländern, insbesondere in der Bundesrepublik, in Italien und Österreich“ ein ideologisches Vakuum hinterließ, das nun aufgefüllt werden mußte. Weil „in den Ländern des Westens“ der ideologische und politische Einfluß des Marxismus und der kommunistischen Partei wuchs, wurde „die religiöse Ideologie“ als Gegengewicht herangezogen. Damit erhielt nach Hruza das Christentum, insbesondere der Katholizismus, eine bedeutende Rolle in den Auseinandersetzungen zwischen Kapitalismus und Sozialismus.

In der Zeit des Kalten Krieges dienten der „Vatikan“ und der Weltkirchenrat den politischen Interessen der imperialistischen Bourgeoisie. „Der Vatikan stand überall in den ersten Reihen des politischen und ideologischen Kampfes gegen den Kommunismus, er nahm teil an der Organisation der politischen Militär-